

Rot-Grün verschärft kommunale Schuldenfalle

Die von IT.NRW in dieser Woche veröffentlichten Zahlen zum Schuldenstand der NRW-Kommunen machen deutlich, dass die rot-grüne Landesregierung keine Lösung für das Schuldenproblem der Kommunen in Nordrhein-Westfalen hat. Nicht nur die Gesamtverschuldung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen in Höhe von fast 62 Milliarden Euro, sondern insbesondere der flächendeckende Anstieg der kommunalen Kassenkredite auf 26,5 Milliarden Euro ist alarmierend. Die rot-grüne Landesregierung hat außer dem Placebo „Stärkungspakt“ kein Rezept gegen das kommunale Verschuldungsproblem.

Allein die zehn am höchsten verschuldeten NRW-Kommunen halten Kassenkredite von 12,9 Milliarden Euro und damit einem Viertel aller Kassenkredite bundesweit. Und selbst die vom Land unterstützten 61 Stärkungspaktkommunen haben ihre Gesamtverschuldung innerhalb eines Jahres um mehr als 650 Millionen Euro erhöht auf mittlerweile 26 Milliarden Euro.

Es ist schon schlimm genug, dass die Landesregierung das Problem der kommunalen Verschuldung völlig ignoriert. Aber zusätzlich verschärft sie die kommunale Finanzsituation noch, indem die Kommunen auf mindestens der Hälfte der steigenden kommunalen Flüchtlingskosten sitzen bleiben. Gleichzeitig stößt der Versuch der Kommunen, über Erhöhung der Grundsteuer die Einnahmen zu erhöhen, an die Grenzen der Akzeptanz. Bei einer Vielzahl von Kommunen gibt es in diesem Jahr bereits einen kräftigen Anstieg der durchschnittlichen Hebesätze. Es darf aber nicht zugelassen werden, dass die Steuersätze beliebig erhöht werden. Das Land muss seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen nachkommen.

Bund-Länder-Finanzbeziehungen solidarisch gestalten

Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass Nordrhein-Westfalen seine Wirtschaftskraft mehr als bisher entfalten kann. Dafür sind Investition und Konsolidierung gleichermaßen notwendig. In diesen guten wirtschaftlichen Zeiten ist beides möglich – das kann und muss Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen unter Beweis stellen. Denn: Während andere

Pressestelle

Axel Bäumer	- Pressesprecher	Tel: (0211) 884-2213	Mobil (0151) 1 884 10 71	cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de
Nils Sönksen	- Pressereferent	Tel: (0211) 884-2355	Mobil (0151) 1 884 10 90	axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de
Teresa Leson	- Sekretariat/Internet	Tel: (0211) 884-2018	Mobil (0151) 1 884 10 83	nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de
		Tel: (0211) 884-2213		teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de

Bundesländer bereits seit Jahren Schulden tilgen, ist Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen weiterhin Spitzenreiter im Schuldenmachen. Auch in diesem Jahr liegt die Neuverschuldung trotz guter Steuereinnahmen bei 2 Milliarden Euro. Die Gesamtverschuldung ist auf 140 Milliarden Euro geklettert. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht, endlich ihre unverantwortliche Schuldenpolitik zu beenden und die Schuldenbremse des Grundgesetzes ernst zu nehmen. Zusätzliche Mittel dürfen nicht zum Stopfen des löchrigen Haushalts von Frau Kraft zweckentfremdet werden.

In den aktuellen Diskussionen um die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 wollen wir eine gute Lösung für Nordrhein-Westfalen finden. Das Land darf nicht durch die desolante Finanzpolitik der Landesregierung und die turnusgemäße Debatte um die Bund-Länder-Finanz doppelt bestraft werden. Wir wollen uns für mehr Mittel für Nordrhein-Westfalen einsetzen und dabei gleichzeitig solidarisch bleiben. Daher haben wir zusammen mit den Fraktionen von SPD und Grünen eine gemeinsame Initiative gestartet, die Leitlinien für die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern erarbeitet hat. In der weiteren Ausgestaltung muss darauf geachtet werden, dass zusätzliche Mittel für Zukunftsinvestitionen wie die Sanierung der Infrastruktur, für Straßen und Brücken sowie für den Breitbandausbau im ländlichen Raum genutzt werden.

Bürgerinitiativen zum Breitbandausbau besser fördern

Jeder vierte Haushalt in Nordrhein-Westfalen hat immer noch keinen Zugang zum schnellen Internet. Im ländlichen Raum sind sogar 60 Prozent der Haushalte von der schnellen Datenautobahn abgeschnitten. Nach Berechnungen der Strategieberatung MICUS müssen in den kommenden Jahren mindestens 3,2 Milliarden Euro in Glasfasernetze investiert werden, damit auch nur annähernd jeder Haushalt mit schnellem Internet versorgt wird. Die CDU-Fraktion hat deshalb einen Antrag zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beim Breitbandausbau in den Landtag eingebracht (Drucksache 16/8647), der jetzt im Wirtschaftsausschuss beraten wird.

Denn: Ein wichtiger Baustein zur Beschleunigung des Netzausbaus ist bürgerschaftliches Engagement, das von der Landesregierung bisher nicht gefördert wird. Gerade in Gebieten, in denen sich der Ausbau wirtschaftlich nicht lohnt, können solche Initiativen sinnvoll sein. Die Landesregierung muss ein „Bürgerbreitband – Konzept“ entwickeln, das solche Initiativen unterstützt und in den koordinierten Netzausbau einbezieht. Insbesondere ist in einem solchen Konzept zu klären, wie die Zusammenarbeit von Bürgerinitiativen mit den Netzbetreibern gestaltet werden muss und wie Bürgerinitiativen Fördermittel für ihre Projekte erhalten können. Auch mögliche Haftungsfragen müssen geklärt werden.

Ein weiterer Baustein für den beschleunigten Netzausbau müssen „Breitband – Bürgerfonds“ sein. Da die Landesregierung offensichtlich nicht gewillt ist, ausreichend Fördermittel für den flächendeckenden Breitbandausbau zur Verfügung zu stellen, muss

verstärkt privates Kapital aktiviert werden. Das so bei den Bürgern eingesammelte Geld sollte regional zugeordnet werden, damit der Anreiz zur Investition erhöht wird.

Kinder brauchen Zeit, die Erzieherinnen oft nicht haben

In dieser Woche haben vor dem Düsseldorfer Landtag tausende Erzieherinnen und Erzieher unter anderem gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen demonstriert. Die CDU-Landtagsfraktion befürwortet eine Stärkung und Entlastung der Erzieherinnen, um damit mehr Zeit für die wichtige Arbeit mit den Kindern zu haben.

Längst ist klar, dass Erzieherinnen und Erzieher ein zunehmend komplexes Feld zu bewältigen haben. Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, Inklusionsarbeit, die Betreuung Unterdreijähriger, Bildungspläne, Kooperationen mit den Grundschulen, alltagsintegrierte Sprachförderung, soziales Verhalten und eine sehr intensive Elternarbeit. Das sind nur einige Themen, die den Kita-Alltag inzwischen stark bestimmen. Wir müssen die Forderungen der Erzieherinnen ernst nehmen und hinterfragen, ob und in wie weit die existierenden Rahmenbedingungen im Tätigkeitsbereich der Kindertagesbetreuung noch ausreichend sind, um den heutigen Erwartungen und Anforderungen gerecht zu werden.

Insbesondere die zweite Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) aus dem Jahr 2014 hat anstelle einer besseren Betreuungsqualität ein spürbares Mehr bei der Arbeitsbelastung verursacht. Die Erklärung hierfür liegt auf der Hand: Zum einen hat die von Beginn an gesetzlich festgeschriebene Überprüfung des KiBiz bis heute nicht stattgefunden; zum anderen ist mit den KiBiz-Änderungen ein Mehraufwand festgeschrieben worden, ohne dafür Sorge zu tragen, diesen finanziell ausreichend zu untermauern.

Aktuell scheint die Grenze der Belastbarkeit an vielen Fronten überschritten: Träger, Kommunen und das Personal in den Einrichtungen berichten über einen enormen Dokumentationsaufwand. Das pädagogische Personal ist überfrachtet und kann sich somit nicht immer in der erforderlichen Art und Weise ihrer Hauptbeschäftigung widmen – nämlich der Arbeit mit den Kindern. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Rot-Grüne „Woche des Respekts“ – Großspurige Ankündigung schon zum vierten Mal nicht gehalten?

In der vergangenen Woche teilte die rot-grüne Landesregierung auf Anfrage der CDU-Fraktion mit, dass die Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen hat (vgl. Drucksache 16/8781). Während im Jahr 2011 rund 6.000 Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen Opfer einer Straftat geworden sind, belief sich ihre Zahl im Jahr 2014 auf 7.900. Das ist ein Zuwachs von gut 30 Prozent binnen vier Jahren. Bei den

Feuerwehrlenten war im gleichen Zeitraum sogar eine Steigerungsrate von 67 Prozent zu verzeichnen. Dass die rot-grüne Landesregierung dieser dramatischen Entwicklung tatenlos zusieht, ist unerhört und macht deutlich, welchen geringen Stellenwert SPD und Grüne dem Schutz dieses Personenkreises einräumen.

Dabei hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bereits im Rahmen ihrer Regierungserklärung im Jahr 2012 angekündigt, dass die Landesregierung dieser Entwicklung künftig durch eine jährliche „Woche des Respekts“ entgegenwirken wolle. Diese großspurige Ankündigung ist bis heute nicht umgesetzt worden. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion eine weitere Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet und um Mitteilung des aktuellen Planungsstandes gebeten. Wird die angekündigte „Woche des Respekts“ im Jahr 2015 zum vierten Mal in Folge ausfallen? Oder wird die rot-grüne Landesregierung endlich Maßnahmen zum Schutz von Polizisten, Feuerwehrlenten und Rettungskräften ergreifen, die über reine Lippenbekenntnisse hinausgehen?

Die CDU-Fraktion wird die steigende Gewalt gegen Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte in der Plenarwoche 24.-26. Juni 2015 auch im Landtag zum Thema machen.

Atomfonds-Debatte: Landesregierung muss in Berlin endlich hörbar für die Interessen des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen eintreten

Die aktuelle Diskussion über einen möglichen Atomfonds zeigt erneut, dass in Berlin über energiepolitische Dinge diskutiert wird, die Nordrhein-Westfalen ganz wesentlich betreffen. Mit RWE und E.ON haben die beiden größten deutschen Energieversorger ihren Sitz in unserem Bundesland. Bislang war aber von der Regierung Kraft noch nichts zu vernehmen, wie sie zu den Berliner Überlegungen eines möglichen Atomfonds steht.

Aus unserer Sicht brauchen wir schnell Klarheit über den Wert der Einlagen und die Höhe der zu erwartenden Kosten. Natürlich dürfen wir die Unternehmen nicht aus der Verantwortung entlassen. Da Nordrhein-Westfalen größtes Interesse am Gelingen der Energiewende hat, muss die Landesregierung hier in Berlin endlich hörbar werden und sich im Interesse der Industriestandorte in die Debatte einschalten.